

25 Jahre

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft

Festveranstaltung am 15. Februar 2017



HERAUSGEBER

Union der Opferverbände kommunistischer
Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage,
10365 Berlin

Telefon: (030) 55 77 93 51

Fax: (030) 55 77 93 40

E-Mail: info@uokg.de

Info: www.uokg.de

GESTALTUNG UND SCHLUSSREDAKTION

Dr. Christian Sachse (UOKG)

LAYOUT

Satzherstellung Neymanns

Telefon: (030) 70 24 22 24

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com

www.satzherstellung.com



Diese Publikation entstand
mit freundlicher Unterstützung
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur

FOTONACHWEISE

Fotos: UOKG, Der Stacheldraht

Copyright 2017 bei der Union
der Opferverbände kommunistischer
Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

INHALT

Einleitung	4
Programm	7
Anna Kaminsky: Grußwort	9
Dieter Dombrowski: Einleitende Worte	13
Johannes Singhammer: Festrede	16
Christian Sachse: Rückblick auf 25 Jahre	32
Klaus Lederer: Grußwort	39
Iris Gleicke: Grußwort	41
Ehrungen	46
Roland Jahn: Grußwort	48
Martin Gutzeit: Grußwort	51
Ansgar Hollah: Grußwort	54
Mitglieder der UOKG	58

Einleitung

Am 15. Februar 2017 trafen sich Vertreter der UOKG, der Opferverbände sowie geladene Gäste aus Politik und Öffentlichkeit in den Räumen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Kronenstraße 51, Berlin-Mitte.

Anlass der festlichen Zusammenkunft war die 25. Wiederkehr der Gründung des Dachverbandes von nunmehr fast vierzig Mitgliedsverbänden, der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Es ist unmöglich, alle Gäste aufzuzählen, deren Engagement die UOKG viel verdankt. Es können nur stellvertretend einige Namen genannt werden.

Der Älteste unter den Gästen war vermutlich Horst Schüler, früherer Vorsitzender und heutiger Ehrenvorsitzender der UOKG, dessen Ar-

tikel auch heute noch gerne im „Stacheldraht“ gelesen werden. Gekommen war auch Rainer Wagner, der bis 2015 die Geschicke der UOKG als Vorsitzender in der Hand hatte.

Weitere Gäste aus Politik und Öffentlichkeit zeigten durch ihre Anwesenheit ihre oftmals bereits über viele Jahre hinweg bestehende Verbundenheit mit den Opferverbänden, unter ihnen die Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU Johannes Singhammer, Arnold Vaatz und Kai Wegner, sowie der SPD-Bundestagsfraktion Iris Gleicke. Auf Widerspruch stieß das öffentliche Wort von Senator Klaus Lederer, welcher der Partei „DIE LINKE“ angehört. Zu Recht wird dieser Partei vorgeworfen, die ungesühnte Schuld an der SED-Diktatur mit sich zu tragen. Andererseits ist der besondere Einsatz Lederers für die Aufarbeitung in Berlin nicht zu verkennen. Ein Gast also zwischen den Zeiten...



Vorstand und Mitarbeiter der UOKG

Ungeteilte Freude erweckte dagegen die Anwesenheit von Professor em. Manfred Wilke, der stellvertretend für diejenigen Historiker genannt sei, die stets für die Opfer der SED-Diktatur eintraten. Unter den DDR-Bürgerrechtlern sind Freya Klier, Maria Nooke und Tom Sello zu nennen. Aus Brandenburg kam Petra Morawe, deren Beratungstätigkeit für Heimkinder unendlich wichtig ist. Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen waren genauso vertreten wie Vertreter der Gedenkstätten.

Pünktlich um 18.30 Uhr begrüßte die Hausherrin, die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminski, die Gäste. Bis dahin hatte die Band „One Black Coffee“ für freundliche Untermalung der Wartezeit gesorgt. Gleiches tat sie auch in den Pausen zwischen den Redebeiträgen und noch lange nach Ende des Festaktes.

Die Redebeträge müssen hier nicht kommentiert werden. Alle Rednerinnen und Redner waren sich darin einig, dass das Engagement der UOKG für die Opfer der SED-Diktatur zu den großen Verdiensten

innerhalb der Aufarbeitung gehört. Alle stellten allerdings auch fest, dass in Gesellschaft und Politik noch viel zu überwindender Gegenwind herrscht. In diesem Sinne war auch immer wieder Gelegenheit zu einem durchaus emotional gefärbten Dank an die UOKG, wie ihn beispielsweise Festredner Vizepräsident des Deutschen Bundestages Johannes Singhammer (MdB) mehrfach aussprach.

Zu den Höhepunkten der Veranstaltung gehörte zweifellos die Ehrungen von Horst Schüler, Sybille Krägel und Klaus Gronau, die sich in den vergangenen Jahrzehnten große Verdienste bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur erworben haben.

Überflüssig zu sagen, dass die meisten Besucher bei einem kleinen Imbiss und einem guten Tropfen noch bis weit in den Abend beisammenblieben, um den 25. Jahrestag der UOKG zu feiern.

Tatsächlich entstanden hier dann auch die ersten Verabredungen für Projekte des kommenden Jahres.

Programm

BEGRÜSSUNG

Dr. Anna Kaminsky

Bundesstiftung Aufarbeitung

Dieter Dombrowski, MdL Brandenburg

Bundsvorsitzender der UOKG

FESTREDE

Johannes Singhammer, MdB,

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

HISTORISCHER RÜCKBLICK

Dr. Christian Sachse,

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG

GRUSSWORTE

Dr. Klaus Lederer,

Senator für Kultur und Europa in Berlin

Parlamentarische Staatssekretärin **Iris Gleicke**,

Ostbeauftragte der Bundesregierung

EHRUNGEN

Klaus Gronau, Sybille Krägel, Horst Schüler

GRUSSWORTE

Roland Jahn, BStU

Martin Gutzeit, Landesbeauftragter
von Berlin für die Stasi-Unterlagen

Ansgar Hollah, Leiter für den Bereich
„Geschichte und Erinnerung“ der Beauftragten
für Kultur und Medien

SCHLUSSWORT

Dieter Dombrowski, MdL Brandenburg,
Bundsvorsitzender UOKG

ZWISCHENMUSIKEN

„One Black Coffee“



Für angenehme Stimmung sorgte „Cup Of Coffee“

Anna Kaminsky: Grußwort

Als die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft vor 25 Jahren gegründet wurde, war die kommunistische Diktatur gerade einmal zwei Jahre Vergangenheit. Für viele Verfolgte bedeutete das Ende der Diktatur nicht nur das Ende ihrer Verfolgung, sondern auch, dass sie zum ersten Mal über das Erlebte und Erlittene sprechen konnten. Schon im Frühjahr 1990 fanden sich die Überlebenden der sowjetischen Speziallager zusammen, wurden die ersten Verbände auf dem Gebiet der damals noch existierenden DDR gegründet.

Schon bald zeigte sich, dass eine Dachorganisation der verschiedenen Opferverbände nötig und sinnvoll war, um die erlittenen Unrechts Erfahrungen wirkungsvoll in der Öffentlichkeit, in Politik und Gesellschaft vertreten zu können und den Interessen der Opfer eine Stimme zu geben.

Wir alle wissen, wie schwierig dieser Weg war: Oft stießen die Belange der Opfer und ihrer Verbände nicht auf angemessenes Interesse oder gar Resonanz. Viele Erwartungen an den Rechtsstaat wurden enttäuscht oder mussten in jahrelangen Kämpfen gegen Ignoranz und Gleichgültigkeit erstritten werden. Für viele Opfer war es frustrierend zu erleben, dass ihre Hoffnungen auf gesellschaftliche Anerkennung so mühevoll erkämpft werden mussten. Gerade in den ersten Jahren nach der Überwindung



*Dr. Anna Kaminsky,
Geschäftsführerin
der Bundesstiftung
Aufarbeitung*

der Diktatur war die Kenntnis über das genaue Ausmaß der Repression und der Verfolgung vielerorts gering.

Es ist vor allem auch ein Verdienst der UOKG und der in ihr vertretenen Verbände und Mitglieder aber auch vieler mit ihnen verbundener Initiativen und Institutionen, die in all den Jahren nicht müde wurden, immer wieder auf bestehende Ungerechtigkeiten hinzuweisen, für die Verbesserung der Entschädigungen, für die Anerkennung des erlittenen Leids und der Verfolgung einzutreten. Aber auch deutlich zu machen, dass die Motivation vieler Verfolgter darin bestand, gegen die Diktatur aufzustehen, sich zu engagieren und Mut und Zivilcourage zu zeigen.

Mittlerweile ist dank des Engagements der UOKG und vieler, vieler Verbündeter aus der Politik, aus den Parlamenten aber auch von Institutionen wie den Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen, dem BStU oder unserer Bun-

desstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vieles erreicht worden. Das soll nicht geringgeschätzt oder klein geredet werden. Aber zu oft konnte dies erst nach langem Einsatz und vielen Rückschlägen erzielt werden. Und noch sind wichtige Forderungen offen: So laufen nach aktuellem Stand die Fristen für die Rehabilitierung Ende 2019 – im 30. Jahr nach der Friedlichen Revolution aus. Noch gänzlich ungelöst ist die Frage, wie die Umkehr der Beweislast bei verfolgungsbedingten gesundheitlichen Folgeschäden erreicht werden kann. Und auch die Frage der Anerkennung und Entschädigung bisher wenig beachteter Opfergruppen steht an. Und hinzu kommt bspw. auch die für die Betroffenen unverständliche Regelung in der Frage der Rentenzuordnung für ehemalige DDR-Flüchtlinge und Übersiedler. All dies sind einige der noch offenen Fragen, die für die Betroffenen wie offene Wunden sind, die nicht verheilen können.

Wir als Bundesstiftung haben die Arbeit der UOKG und vieler ihrer Verbände seit unserer

Gründung auf vielfältige Weise unterstützt. Hierzu gehört nicht nur die Finanzierung von Vorhaben und Projekten, ohne die so manche Veranstaltung, Publikation oder Gedenkfeier nicht hätte stattfinden können. Insgesamt 4,7 Millionen Euro wurden in den vergangenen 17 Jahren für über 600 Projekte der UOKG und der Opfervereinigungen und Verbände zur Verfügung gestellt. Dazu gehörten auch die beeindruckenden Wanderausstellungen der UOKG, die bundesweit über das geschehene Unrecht und die begangenen Verbrechen am Beispiel exemplarischer Einzelschicksale informiert und aufklärt.

Die Verbände der UOKG haben aber oft genug auch Basisarbeit geleistet. So waren es oft die an den einstigen Leidensstätten tätigen Vereine die die Totenbücher erarbeitet haben, um das grauenvolle Sterben vor Ort zu dokumentieren und die Namen der Toten dem Vergessen zu entreißen. Diese Bücher sind mehr als Namensverzeichnisse. Sie sind symbolische Grabsteine,

die dem Einzelnen Namen und individuelle Daten seines Lebens und Sterbens wiedergegeben. Gerade an diesen Totenbüchern und den vielen Berichten und Schilderungen über das persönliche Schicksal hinaus sieht man, dass die Arbeit der UOKG und ihrer Verbände weit mehr ist, als die Dokumentation des Geschehenen – was bereits wertvoll genug wäre. Es geht darum, aufzuklären, Wissen zu bewahren und an jene zu vermitteln, die diese Zeiten glücklicherweise nicht erlebt haben.

Es geht aber auch darum, immer wieder dafür zu werben, die Grundlagen für Rehabilitation und Entschädigung von Opfern der Repression in der kommunistischen Diktatur zu verbessern und bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Hier müssen dicke Bretter gebohrt, immer wieder Aufklärungsarbeit geleistet und oft genug auch um Verständnis geworben werden. Hier haben Sie unsere Bundesstiftung seit unserer Gründung an Ihrer Seite: Sei es bei Initiativen zur Verbesserung der gesetzlichen

Regelungen, sei es bei der Öffentlichmachung Ihrer Anliegen, sei es bei vielfältigen Initiativen, an das geschehene Unrecht und das damit verbundene Leid in der Öffentlichkeit zu erinnern – nicht zuletzt durch im öffentliche Raum gesetzte Zeichen in Form von Denkmälern, Gedenkstätten und Erinnerungszeichen.

Letztlich müssen wir dabei gemeinsam immer wieder deutlich machen: Es geht dabei um konkrete Menschen, um zerstörte Leben, zerstörte Biographien, für zerstörte Hoffnungen und Träume, um Leid und allzu oft um Tod – aber auch um die Kraft aufzubegehren, um das Widerstehen, um Mut und Zivilcourage, für das viele von Ihnen mit ihrem Leben und ihrem persönlichen Wirken stehen.



Moderation: Joshua Acheampon

Dieter Dombrowski: Einleitende Worte

Sehr geehrter Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Herr Johannes Singhammer,

sehr geehrter Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa, Herr Dr. Klaus Lederer,

sehr geehrte Frau Parlamentarische Staatssekretärin, Frau Iris Gleicke,

sehr geehrter Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, lieber Roland,

sehr geehrter Herr Beauftragter des Landes Berlin für die Stasi-Unterlagen, Herr Martin Gutzeit

sehr geehrter Ministerialdirigent, Herr Ansgar Hollah,

sehr geehrte Frau Dr. Anna Kaminsky,

sehr geehrte Freunde und Vertreter der Mitgliedsverbände der UOKG,

sehr geehrte Damen und Herren!

Im Namen der 40 Mitgliedsverbände unseres Dachverbandes darf ich Sie herzlich zu unserer Jubiläumsveranstaltung begrüßen. 25 Jahre sind eigentlich ein Grund zum Feiern. Wir freuen uns auch, aber wir möchten vor lauter Freude nicht versäumen darauf hinzuweisen, dass wir als Dachverband der SED-Opferverbände



Dieter Dombrowski, Vizepräsident des Brandenburger Landtages, Bundesvorsitzender der UOKG

jeden Tag mit dem Schicksal von Menschen zu tun haben.

Durch den Einigungsvertrag und viele gesetzliche Regelungen haben die ehemals beiden deutschen Staaten versucht, so viel Gerechtigkeit wie möglich auch durch geltendes Recht abzusichern.

Aber während Gesetze etwas Statisches sind, die jeden gleich behandeln sollen, sind die Schicksale der Menschen, die Unrecht in der SED-Diktatur erlitten haben, eben nicht alle gleich.

Und genau dieses individuelle persönlich erlittene Unrecht kommt allzu oft in unserer Demokratie und in unserer ordentlichen und bürokratischen Verwaltung zu kurz.

So hat es zum Beispiel 25 Jahre gedauert, bis SED-Opfer in Rehabilitierungsverfahren vor Verwaltungen auch ein mündliches Vortragsrecht eingeräumt bekamen, allerdings nicht

durch Verwaltung und Politik arrangiert, sondern durch Gerichte.

Erst kürzlich hat es ein Urteil gegeben, dass eine ehemalige Insassin – damals ja ein Kind – des Kindergefängnisses Bad Freienwalde, das in der DDR als Kinderheim genutzt wurde, einen Rehabilitierungsanspruch zugesprochen bekommen hat, da dieses Kind dort eingewiesen wurde, weil die Eltern politisch inhaftiert waren. Auch hier haben nicht Politik und Verwaltung, sondern Gerichte entschieden. Es ist gut, dass in unserem Rechtsstaat nicht nur Parlamente, sondern auch Gerichte die Möglichkeit haben, zu korrigieren.

Ich könnte andere Beispiele nennen, aber ich will dies an dieser Stelle nicht tun. Ich möchte diese beiden Beispiele nur anführen, um deutlich zu machen, dass es aus unserer, aber auch aus meiner persönlichen Sicht nicht ausreicht, sich am Tag der Deutschen Einheit immer wieder bei den DDR-Bürgern für ihren Mut

zu bedanken und die Einheit unseres Landes zu feiern, sondern wir müssen uns, um diesen Anspruch gerecht zu werden, auch im Kleingedruckten bewegen.

Und meine Erfahrungen, die ich in dieser Funktion bei Gesprächen im Deutschen Bundestag gemacht habe, sind die, dass es Abgeordnete gibt, die sehr aufgeschlossen sind gegenüber den Anliegen der Opfer, aber es gibt auch andere – ich sage hier keine Namen –, die sagen: „Herr Dombrowski, 25 Jahre danach, was gibt es da noch aufzuarbeiten?“ Ich habe geantwortet: „Kein vernünftiger Mensch aus dem öffentlichen Bereich kommt auf die Idee, über 70 Jahre nach dem Ende der NS-Verbrechen zu fragen: was gibt es da noch aufzuarbeiten?“

Ich möchte all denen, die unserer heutigen Einladung gefolgt sind, herzlich danken, weil sie dadurch auch zeigen, dass ihnen die Anliegen der SED-Opfer auch ein persönliches Anliegen sind.

Ich kann aus meiner Sicht und aus meiner Lebenserfahrung nur sagen, dass wir den Menschen, die selbst Opfer von Gewalt und Unrecht geworden sind, auch dafür danken sollten, dass sie bereit sind, ihr Schicksal zu offenbaren, ihr Innerstes nach außen zu kehren und trotz allem Erlebten bereit sind, auf andere zuzugehen. Die Opfer der SED-Diktatur, und damit meine ich nicht nur, die, die in Haft gewesen sind, sondern all diejenigen, deren Lebensbiografien gebrochen wurden und deren Lebensläufe anders verlaufen wären, wären sie bereit gewesen, sich anzupassen, dass all diese Menschen für die Demokratie, die wir heute haben, eingetreten sind.

Bitte helfen Sie mit, meine Damen und Herren, dass diese Menschen ihren Einsatz für die Würde und Freiheit eines jeden Menschen nicht bereuen, weil sie es für sich selbst nicht verspüren können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.



Johannes Singhammer, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

sehr geehrte Frau Dr. Kaminsky,

sehr geehrter Herr Landesbeauftragter Gutzeit,

Johannes Singhammer: Festrede

Sehr geehrter, lieber Herr Dombrowski, Vorsitzender der UOKG und Vizepräsident des Landtags von Brandenburg,

sehr geehrte Frau Staatssekretärin und Bundesbeauftragte für die Neuen Länder, liebe Frau Kollegin Gleicke,

sehr geehrter Herr Bundesbeauftragter Jahn,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren!

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft als eine große Bürgerbewegung für Gerechtigkeit feiert im Jahr 2017 ihr 25-jähriges Bestehen. Und dazu gratuliere ich Ihnen von ganzem Herzen! Im deutschen Wort „Gratulation“ steckt das lateinische Wort „Gratias“. Dank! Ich übermittele Ihnen meinen Dank und meinen Respekt! Sie haben sich 25 Jahre lang dem Ziel „Gerechtigkeit“ verschrieben.

Meine Damen und Herren!

Gegründet am 19/20. Oktober 1991, blickt die UOKG auf 25 Jahre voller Ereignisse, Hürden und auch Erfolge in Sachen der Bewahrung der Erinnerungen an die Opfer der SED- Diktatur

zurück. Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft ist der Dachverband von mehr als 30 Opferverbänden, Menschenrechtsorganisationen und Aufarbeitungsinitiativen aus dem Osten und Westen Deutschlands.

Es gibt sicherlich 1000 Gründe, warum wir heute der UOKG danken sollten. Ich nenne – im Hinblick auf die ansonsten längere Zeit – deshalb nur 10:

1. Das Ziel besteht darin, die Interessen der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu vertreten und die Erinnerung an deren Leid zu bewahren.
2. Das Unrecht des SED-Staates und der stalinistischen Speziallager hinterließ zahlreiche Opfer. Die kommunistischen Verbrechen aufzuarbeiten und die Situation der Opfer in der Gegenwart zu verbessern ist der Auftrag der UOKG.
3. Die UOKG kritisiert einen zu nachlässigen öffentlichen Umgang mit diesen Themen und sieht Verbesserungsbedarf bei den Fragen von Renten- und Entschädigungszahlungen für erlittenes Unrecht.
4. Das Engagement der UOKG ist breit gefächert: Die UOKG führt regelmäßig öffentliche Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen und Kongresse durch.
5. Sie führt Gespräche mit Politikern, um diese für die Bedürfnisse der SED-Opfer zu sensibilisieren.
6. Sie strebt eine gerechte Entschädigung der DDR-Zwangsarbeiter sowie die Beseitigung noch bestehender negativer Nachwirkungen des SBZ/DDR-Unrechtsregimes an.
7. Sie betreibt seit 2007 eine Beratungsstelle für die Opfer von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR.

8. Schließlich hat die UOKG eine Arbeitsgruppe gegründet, welche das Ziel verfolgt, ein Mahnmal zu Ehren der Opfer des Kommunismus in Berlin zu errichten.
9. Gemeinsam mit dem BSV-Förderverein für Beratungen gibt die UOKG die Zeitschrift „der stacheldraht“ heraus, die neunmal im Jahr mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheint. Ergänzend hierzu bietet die UOKG zudem den E-Mail-Informationsservice „UOKG-Wochenrückblick“ an.
10. Die Mitglieder der UOKG decken ein breites Spektrum an Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen ab: Lagergemeinschaften und Häftlingsverbände sind ebenso vertreten wie einzelne Verfolgtengruppen, z.B. politisch verfolgte Schüler, Opfer von Zwangsadoptionen, Opfer von DDR-Zwangsdoping sowie von Zwangsausgesiedelten aus den ehemaligen Grenzgebieten. Dazu kommen Menschenrechtsorganisa-

tionen wie die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ und Gedenkstättenvereine, deren Aufgabe es ist, das Gedenken an den kommunistischen Terror zu bewahren.

Würdigung des Mauerfalls

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viele Menschen neigen heutzutage dazu, die Weltgeschichte als eine Aneinanderreihung von Katastrophen mit der finalen Apokalypse als Weltuntergangsszenario zu sehen. Wir Deutsche haben aber erlebt, dass sich die Weltgeschichte auch zum Besseren wenden kann. Wir haben eine Sternstunde der Menschheit erlebt: Den Fall der Mauer in der Nacht zum 9. November 1989.

Wir freuen uns heute gemeinsam aus ganzem Herzen, nicht über die Gründe, die zur Entstehung der UOKG geführt haben, sondern:

1. weil vor über 27 Jahren die Berliner Mauer gefallen ist,
2. weil in einer Sternstunde der Freiheitsgeschichte die unmenschlichste Grenze der Welt verschwand, die zuvor über viele Jahre Berlin, Deutschland und Europa mit Stacheldraht, Minen, Todesfallen, Wachtürmen und Schießbefehl zerteilte,
3. weil in der Folge waffenstarrende Grenzbefestigungen abgebaut wurden, weil Armeen mit vielen Hunderttausenden Soldaten aufgelöst wurden, weil aus einem ehemaligen Todesstreifen wunderbare Biotope gewachsen sind und Europa zusammengefunden hat.
4. Und wir freuen uns, weil Deutschland nach vielen Jahrzehnten der geschichtlichen Verirrungen auf der Sonnenseite der Geschichte angekommen ist und sich alle Deutschen aus Ost und West seit 27 Jahren als Glückskinder der Freiheit fühlen können.

5. Und wir freuen uns, weil vor 25 Jahren die UOKG gegründet wurde und seitdem die Gerechtigkeit vorangebracht hat!

Und der Kampf um Gerechtigkeit ist nötig gewesen:

136 Menschen wurden an der Berliner Mauer unmittelbar getötet. 251 Reisende starben während oder nach Kontrollen an Berliner Grenzübergängen. 1.347 Menschen verloren ihr Leben an der innerdeutschen Grenze.

Am 15. Juni 1961 sagte Walter Ulbricht auf einer internationalen Pressekonferenz die allseits bekannten Worte: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.“ Vor 27 Jahren im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zu dem 40-jährigen Bestehen der DDR sagte Erich Honecker die ebenfalls bekannten Worte: „Die Mauer wird noch hundert Jahre bestehen.“ Wir alle wissen heute: Der erste Satz von Walter Ulbricht war gelogen und die zweite

Aussage von Erich Honecker war eine Fehleinschätzung.

Bau der Mauer

Meine Damen und Herren,

Es gibt Tage, die die Welt verändern und mit ihr das Leben vieler Menschen.

Ein solcher Tag war der 13. August 1961. 56 Jahre ist es jetzt her, dass Deutsche in Ost und West fassungslos und ohnmächtig mitansehen mussten, wie das SED-Regime eine Mauer quer durch Berlin sowie längs der deutsch-deutschen Grenze zog. Wenn in den folgenden Jahren das Wort „Mauer“ fiel, dann sah sie jeder vor sich:

Die Mauer in Berlin, das zubetonierte Brandenburger Tor und die fast 1.400 Kilometer lange nahezu unüberwindliche Grenzbefestigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Der 13. August 1961 war ein trauriger Tag. Ein Tag der viele Hoffnungen begrub, ein Tag, in dem durch Stacheldraht und Absperrungen die Teilung Deutschlands zementiert wurde. Die DDR mauerte ihre Bevölkerung buchstäblich ein und errichtete ein großes Staatsgefängnis. Ich möchte an dieser Stelle US-Präsident John F. Kennedy zitieren, der in seiner unvergessenen Ansprache an die Bevölkerung der geteilten Stadt vor dem Rathaus Schöneberg feststellte:

„Die Mauer ist die Abscheulichste und stärkste Demonstration für das Versagen des kommunistischen Systems.“

Die Mauer zerschnitt Städte und Landschaften, sie kappte Straßen und Schienenstränge, die Mauer, die immer höher und immer stärker befestigt wurde, trennte Familien wie Freunde und zerschnitt zahllose menschliche Bande.

Dennoch versuchten es die Menschen weiterhin, in den Westen zu gelangen. Aber viele mussten

ihren Fluchtversuch über die Mauer mit ihrem Leben bezahlen. Eines der ersten Todesopfer der gesperrten Grenze war Rudolf Urban. Er hat versucht sich in Berlin vor einem Haus in der Bernauer Straße abzuseilen, die direkt an der Demarkationslinie lag und war dabei abgestürzt. Das wohl bekannteste Opfer des unseeligen Schießbefehls war Peter Fechter, der ein Jahr nach dem Mauerbau am 17. August 1962 im Alter von 18 Jahren elendiglich verblutete. Der letzte Mauertote war Chris Gueffroy, der noch im Februar 1989 erschossen wurde.

Vor über 27 Jahren änderte sich alles. Vor 27 Jahren am 9. November tagte der Deutsche Bundestag damals noch in Bonn. Es war bereits später Abend, eine Agenturmeldung wurde hereingereicht. Unruhe entstand im Saal, weil in dieser Meldung Unglaubliches zu lesen stand. Menschen aus dem östlichen Teil Deutschlands, aus der Mitte Deutschlands, konnte man lesen, könnten in den Westen reisen und sie täten dies auch.

Zögernd und zunächst ungläubig nahmen die Abgeordneten diese Nachricht auf, um dann aufzustehen und spontan gemeinsam die deutsche Nationalhymne, das Deutschlandlied, zu singen.

Wiedervereinigung

Die deutsche Wiedervereinigung war ein Triumph der Freiheit. Möglich wurde dieser Triumph durch den Mut und die Entschlossenheit der Menschen in der damaligen DDR, die sich überall in den Städten und Gemeinden gegen das Regime erhoben, die sich nicht durch Drohungen und Gewalt einschüchtern ließen.

Als sie in Leipzig oder in Ostberlin erst den Machthabern zugerufen haben: „Wir sind das Volk.“ Und dann der Diktatur entgegen geschleudert haben: „Wir sind ein Volk.“

Die Menschen in Deutschland standen aber nicht allein: Die Vereinigten Staaten von Ame-

rika standen immer an unserer Seite. Es war der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan der 1987 in Berlin den prophetischen Satz aussprach: „Herr Gorbatschow, reißen sie die Mauer ein.“ Es waren ebenso die Vereinigten Staaten von Amerika die über Jahrzehnte zuvor mit Standfestigkeit die Freiheit Westberlins und Deutschlands verteidigt haben, ohne sich durch Drohungen und Einschüchterungen beirren zu lassen.

Unvergessen sind auch die Menschen in Polen, die in der Solidarnosc-Bewegung der Unterdrückten im Osten Europas zu allererst den Kampf angesagt haben. Ich denke, niemand vergisst in Deutschland ebenso den Beitrag der Ungarn, die im Sommer 1989 die Stacheldrahtgrenze öffneten und mit dem legendären Picknick den eisernen Vorhang ins Wanken brachten.

Auch ohne Michael Gorbatschow und seine weitsichtige Politik wäre die deutsche Einheit

nicht möglich gewesen. Und an dieser Stelle ist es auch angemessen an Helmut Kohl, den Vater der deutschen Einheit zu erinnern. Helmut Kohl hat mutig im richtigen Augenblick maßvoll und entschlossen das historisch schmale und nur kurz offene Fenster für die deutsche Einheit genutzt. Er konnte das tun, weil viele in Deutschland niemals den Glauben an die deutsche Einheit aufgegeben haben. Der frühere Bundeskanzler Willy Brandt hat seine Freude über die deutsche Einheit und seinem berühmten Zitat zum Ausdruck gebracht: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass in einer Nacht 2.800 Kilometer Sperrzäune und 270 Kilometer Grenzmauern, der eiserne Vorhang, die größte Waffensammlung die Europa in den letzten Jahrzehnten gesehen hatte, mit Flugzeugen, atomarer Bewaffnung und konventionellen riesigen Waffensystemen in sich zusammenbrachen und heute verschwunden sind ohne einen einzigen Schuss, ohne die Verlet-

zung nur eines einzigen Menschen: Dafür gibt es in der Tat nur eine Beschreibung:

Das war ein Wunder!

Wunder sind auch noch in unserer Zeit möglich. Wunder sind dann möglich, wenn die Menschen an die Freiheit und an die Menschenwürde glauben. Wunder sind möglich, weil Mauern und Freiheit, Diktatur keinen dauerhaften Bestand haben. Wunder sind möglich, wenn Menschenrechte attraktiv über alle Grenzen hinweg leuchten.

Erinnerung an die NS-Zeit

Meine Damen und Herren,

Der 9. November zeigt aber auch zugleich wie kein anderes Datum zwei Seiten der deutschen Geschichte. An diesem Schicksalstag Deutschlands, am 9. November 1938, öffnete sich mit der sogenannten Reichspogromnacht das fins-

terste Kapitel in der deutschen Geschichte. Mit dem Sturm auf jüdische Einrichtungen in meiner Heimatstadt München begannen die Nationalsozialisten vor den Augen der Welt ihre monströsen Verbrechen.

Der 9. November hat deshalb besonderen Vermächtnischarakter:

„Nie wieder Unrecht hinnehmen, die Würde eines jeden Menschen zu achten, es lohnt sich die Freiheit zu verteidigen.“

Meine Damen und Herren,

am 8. Mai 1949, vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, beschloss der Parlamentarische Rat im Museum König in Bonn das Grundgesetz. Damals gaben die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes über Parteigrenzen hinweg die Antwort auf Krieg und Gewalt Herrschaft in Artikel 1 Absatz 2 unsere Verfassung:

Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Deutschland heute beliebt

Niemals hätte damals im Mai 1945 allen Ernstes irgendjemand daran gedacht, welche Rolle Deutschland 70 Jahre später in der Welt einmal einnehmen sollte: Nach der Studie eines Marktforschungsinstitutes ist Deutschland das Land mit dem besten Image weltweit. Die Bundesrepublik hat die USA auf der Rangliste der beliebtesten Nationen vom ersten Platz verdrängt. Die Gründe hierfür sollen nach Einschätzung des Marktforschungsinstitutes neben den sportlichen Spitzenleistungen auch in der politischen Führungsrolle in Europa, der internationalen wahrgenommenen Verantwortung sowie der starken Wirtschaft liegen.

Im Vordergrund sehe ich den Grund für den Wandel des Ansehens Deutschlands vor allem darin, dass wir uns nach Ende des Zweiten Weltkrieges immer auf unsere im Grundgesetz verankerten Werte – Menschenwürde, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und individuelle Freiheit, Gleichheit und Demokratie – besonnen haben! Und diese Werte müssen wir denen uns nachfolgenden Generationen weitervermitteln.

70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und 27 Jahre nach dem Fall der Mauer steht unser Land aber auch weiter vor neuen Herausforderungen. Da geht es uns nicht anders wie anderen Ländern auch. Es gibt eine neue Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus. Deutschland steht spürbar vor demografischen Veränderungen. Innerhalb von drei Jahren ist die deutsche Bevölkerung um knapp 800.000 Personen geschrumpft. Jedes Jahr sterben in Deutschland rund 200.000 Menschen mehr als geboren werden. Der Generationenvertrag wird brüchig.

Aber trotz aller Herausforderungen ist Deutschland eine stabile Demokratie.

Unser Land ist vielgestaltiger und weltoffener als jemals zuvor. Wir haben uns als Nation wiedergefunden. Unvergessen ist in den Herzen der Deutschen die Fußballweltmeisterschaft 2006 im eigenen Land! Bilder weltoffener und fröhlicher Gastgeber und Gäste gingen um die Welt. Unser Miteinander in Einigkeit und Recht und Freiheit ist unangefochten. Deutschlands Bürger achten auf soziale Gerechtigkeit und sie halten zusammen, wenn es darauf ankommt. Wir erinnern uns noch heute an die Welle der Hilfsbereitschaft während der Oderflut im Jahre 1997.

Es gibt bei uns leider auch Unbelehrbare, bei denen wir Tendenzen zu Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus finden. Aber sie haben keine Chance. Dafür steht die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, und dafür steht unsere wehrhafte Demokratie.

Wir müssen diesen Unbelehrbaren vermitteln, dass wir der Intoleranz, der Verachtung von Minderheiten und der Ausgrenzung einzelner oder ganzer Gruppen von Anfang an widerstehen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute guten Grund, stolz auf unser Land zu sein. Kaum eine andere Nation hätte das geschafft, was wir in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben. Das Erreichte ist aber undenkbar, ohne die Lehren, die wir gezogen haben und es ist das Ergebnis ständiger Anstrengungen. Wir müssen diese Lehren weiter beherzigen und uns weiter anstrengen, dann werden wir mit unseren Kräften künftig zum Guten wirken.

Meine Damen und Herren!

Ich bin immer wieder fassungslos, wenn es angesichts dieser zahllosen menschlichen Tragödien noch Politiker gibt, die es ablehnen, die DDR als das zu bezeichnen, was sie war: ein

Unrechtsstaat! Und ich danke der UOKG, die sich unablässig für die Opfer der Kommunistischen Gewaltherrschaft einsetzt! Ihnen gebührt heute mein Dank und meine Anerkennung für Ihre Tätigkeit! Wir brauchen auch heute noch den Kampf für mehr Gerechtigkeit! Die Mauer ist gefallen, die Freiheit hat gesiegt, aber nicht alle Wunden des Unrechtsstaates sind geheilt und nicht jedem ehemaligen DDR- Bürger ist Gerechtigkeit widerfahren.

Ich danke der Bundesregierung und stellvertretend der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke für Ihren unermüdlichen Einsatz. Liebe Kollegin Iris Gleicke, als Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder sind Sie für die Koordinierung der Bundesregierung in Bezug auf Ostdeutschland, den sogenannten „Aufbau Ost“ zuständig.

Sehr geehrter Herr Bundesbeauftragter Jahn, sehr geehrter Herr Landesbeauftragter Gutzeit, ich danke Ihnen, dass Sie den Betroffenen

weiter die Voraussetzungen schaffen, ein Stück weit Gerechtigkeit zu finden.

Heute, über 27 Jahre nach dem Fall der deutschen Mauer, stellt sich uns immer noch die Frage:

Ist das SED-Unrecht tatsächlich voll umfänglich aufgearbeitet?

Zwangsadoptionen

In diesem Zusammenhang muss ich sofort an das Thema der Zwangsadoptionen denken, welches auch die UOKG auch heute noch befasst.

Diese Thematik berührt mich sehr und lieber Dieter Dombrowski und Frau Dr. Kaminsky:

Sie wissen, dass ich mich intensiv mit dieser Thematik befasst habe und mich auch dafür einsetzte, dass es hier endlich zu einer –wenn auch späten- Lösung für die Betroffenen kommt.

Meine Damen und Herren,

der Verlust eines nahen Familienangehörigen gehört zu den größten Leiderfahrungen des Menschen. Seine Verarbeitung durch soziale Begleitung und Sinnggebung hat Auswirkungen auf das gesamte weitere Leben. Neben dem Tod gehören zu diesen Verlusterfahrungen immer auch Adoptionen und dauerhafte Trennungen zwischen Eltern und Kindern – selbst wenn sie von allen Beteiligten akzeptiert sind.

Das Bewusstsein, dass eine fremde Macht aus eigennützigem Interesse eine Adoption oder Kindeswegnahme initiiert hat, fügt dem Leid der Trennung eine zerstörerische Dimension hinzu, die zum Beispiel zu andauernden schweren psychischen Störungen führen kann. Dabei ist es von eminenter Wichtigkeit, die Vorgänge der Trennung zu durchschauen.

Anfang der 90er Jahre entwickelte die sog.

Clearingstelle eine Definition für den Begriff der Zwangsadoption:

Demnach gelten als Zwangsadoptierte diejenigen Kinder, die ihren Eltern wegen politischer Delikte wegen sogenannter Republikflucht, Staatshetze oder Staatsverleumdung weggenommen wurden, ohne dass in der Vergangenheit ein gegen das Wohl des Kindes gerichtetes Versagen der Eltern nachweisbar war.

Heute gibt es nach jetziger Gesetzeslage keine Möglichkeiten, die damaligen stattgefundenen Adoptionen rückgängig zu machen. Selbst die Einsichtnahme in die Adoptionsvermittlungsunterlagen gestaltet sich sehr schwierig. Für betroffene Eltern, welchen die Kinder weggenommen wurden, bedeutet dies keine Chance auf eine etwaige Akteneinsicht, während durch die Einschränkung auch den betroffenen Kindern die Einsichtnahme genauso erschwert oder ganz und gar verweigert wird.

Hier bedarf es endlich einer Regelung für Eltern und Kinder.

Meine Damen und Herren,

in Deutschland herrschte 1989 Aufbruchsstimmung. Der Wunsch, alles Trennende rasch zu überwinden und das Beste aus der neuen Situation zu machen, trieb damals viele Menschen an. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 war es ja nicht getan. Eine große Aufgabe lag vor uns allen: Die Einheit in den Lebensverhältnissen zu schaffen und in den Köpfen der Menschen zu verankern, Wirtschaft, Infrastruktur und Bauten der neuen Bundesländer zu modernisieren.

Und wenn wir heute zurückblicken, dann können wir sagen: Wir haben viel erreicht, wir haben großartige Leistungen vollbracht. Das gilt vor allem für die Menschen in Ostdeutschland, was bis heute zu wenig gesehen und gewürdigt wurde.

Denn für die Menschen in den neuen Bundesländern änderte sich sozusagen von heute auf morgen alles: Die alten Regeln galten nicht mehr, die neuen waren unvertraut. Viele brauchten nicht nur einen neuen Job, sondern auch einen anderen Beruf, das Schulsystem, das die Kinder jetzt durchliefen war ihren Eltern unbekannt, selbst Teile der gewohnten Sprache änderten sich.

Das heißt Ost- und Westdeutsche hatten nicht nur 40 Jahre in unterschiedlichen Systemen gelebt – sie erlebten auch die Zeit nach der Vereinigung auf unterschiedliche Weise. Für mich als Westdeutschen ging das Leben in den gewohnten Bahnen weiter, für die Ostdeutschen änderte sich das Leben von Grund auf.

Viele Ostdeutsche nutzten die Chancen, sie erfüllten sich langgehegte Träume, sie bauten sich eine neue Existenz auf. Doch anderen fiel es schwer, mit den Veränderungen klarzukom-

men. Hoffnungen wurden nicht nur erfüllt, sondern auch enttäuscht.

Deshalb müssen wir mit unseren Anstrengungen weiter fortfahren, die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen. Wir sind weit gekommen, vor allem was die Modernisierung Ostdeutschlands betrifft, doch wir sind noch nicht am Ziel.

Meine Damen und Herren,

1989 ging es um grundlegende Rechte und Werte. Auch deshalb dürfen wir es nicht hinnehmen, dass es heute in Deutschland Abgrenzungen und Ausgrenzungen gibt. Sie alle kennen die bedrückenden Vorfälle der letzten Monate. Dagegen müssen wir uns entschieden verwahren. Für alle, die in Deutschland leben, ganz gleich welcher Herkunft oder Konfession sie sind, welche Hautfarbe oder Muttersprache sie haben, für alle muss gelten, dass sie hier frei und sicher leben können.

Die Werte, die uns wichtig sind, die Werte, um die sich 1989 alles drehte, Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenwürde, sie sind nicht nur kostbare, sondern auch verletzliche Güter. Sie bleiben nur erhalten, wenn wir sie hochhalten und uns für sie einsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,


die Deutschen in der ehemaligen DDR haben sich damals für die Freiheit entschieden und sind somit ein Teil der Wertegemeinschaft geworden. Sie haben die Aufarbeitung und die Aussöhnung als Chance ergriffen. Es braucht zwischen Tätern und Opfern einer Versöhnung.

Der ungarische Literaturnobelpreisträger Imre Kertész hat das Wunder der Deutschen Einheit mit Dichterworten wie folgt beschrieben:

„Die Deutsche Einheit begann mit Tanzschritten und wenn diese Schritte später auch ein wenig



Festveranstaltung am 15. Februar 2017



schwerer wurden, der Anfang bleibt für immer unvergessen. Wenn eine Nation ihre Freiheit zurückgewinnt, lächelt für einen Augenblick die ganze Welt.“

Oder lassen Sie mich mit den Worten unserer Nationalhymne enden:

„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland! Danach lasst uns alle streben brüderlich mit Herz und Hand!“

Lassen Sie uns zusammen Hand in Hand in unsere gemeinsame Zukunft gehen.

Ich danke Ihnen.



*Dr. Christian Sachse,
wissenschaftlicher
Mitarbeiter der UOKG*

Christian Sachse: Rückblick auf 25 Jahre

Meine sehr verehrten
Damen und Herren,

die UOKG ist 25 Jahre
alt.

Zum Geburtstag be-
kommt man Geschen-
ke. Wenn ich jetzt
die Geschenke auf-
liste, die wir in den
letzten 25 Jahren er-
halten haben, dann
wird meine Rede sehr
kurz: Keine.

Nun ist das Bild mit
den Geburtstagsgeschenken auch irgendwie
schief. Die Menschen, die wir vertreten, haben
sich den Status des Opfers nicht ausgesucht.

Sie sind wegen ihrer Überzeugung, wegen ihrer
sozialen Herkunft oder ihres Freiheitswillens in
die Mühlen eines gnadenlosen Machapparates
geraten. Sie wollen dafür keine Geschenke.

Aber sie können Respekt erwarten und Hilfen,
die ihnen ein menschenwürdiges Leben ermög-
lichen. Die meisten dieser Hilfen, von denen es
inzwischen tatsächlich einige gibt, sind mit ei-
nem dicken ABER zu versehen.

Beginnen wir mit der sogenannten Opferpen-
sion. Früher sollte sie einmal Ehrenpension
heißen. Sie war als Anerkennung für gelebten
Widerstand, demokratische Gesinnung und En-
gagement bei der Überwindung der Diktatur
gedacht. Heute nennt man sie Opferpension. Es
ist vermutlich die einzige Pension, die in Abhän-
gigkeit von der sozialen Lage der Empfänger
gezahlt wird. Eine merkwürdige Pension.

Dazu kommt noch: Stirbt der Empfänger, so steht der Ehepartner sehr oft ganz ohne Hilfen da. So geht es vielen verwitweten Ehefrauen von politischen Häftlingen.

Ein solches ABER ist auch mit dem Heimfonds zu verbinden. Ich war in den frühen Sitzungen dabei. Am Anfang wurden tiefe Einsichten formuliert. Die ehemaligen Heimkinder sollten eine einmalige Zuwendung erhalten, einen symbolischen Betrag, der ihnen signalisierte: Wir haben eure Leiden wahrgenommen.

Diese Gelder sind, wenn man von einigen unnötigen Hürden absieht, auch mit wenig bürokratischem Aufwand ausgezahlt worden. Doch die Nachdenklichen unter den Beteiligten haben schon damals gefragt:

Was wird in fünf oder zehn Jahren sein? Besonders unter den Insassen der Spezialheime und Jugendwerkhöfe gibt es eine ganze Reihe von schwer traumatisierten Opfern. Sie brauchen

in den nächsten Jahrzehnten weiter eine spezialisierte Beratung und Lebenshilfe.

Wir träumten von aufsuchender Beratung, speziellen Altersheimen ohne Anstaltscharakter... Die Realität war, dass die Anlauf- und Beratungsstellen gerade so mit der Abwicklung der Auszahlung zurande kamen. Mit dem Auslaufen des Fonds werden die Beratungsstellen wieder weitgehend verschwinden.

Der zweite Fall ist die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“.

Sie soll den Opfern in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. Psychiatrie einen einmaligen Beitrag zukommen lassen. Von dauerhafter Beratung und Lebenshilfe ist nicht die Rede. An der Vorbereitung wurde die UOKG erst gar nicht beteiligt.

So kommt es, dass im Forschungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

das „Kombinat der Sonderheime für Psycho-
diagnostik und pädagogische-psychologische
Therapie“ zwar erwähnt wird. Zugleich heißt es
aber, diese Einrichtungen seien nicht Teil des
Studienauftrages. Es ist zu befürchten, dass so
einige tausend Opfer aus der DDR schlicht ver-
gessen werden.

Ein drittes großes Thema der UOKG waren in
den letzten Jahren die Gutachten für die Ver-
sorgungsämter.

Viele ehemalige politische Häftlinge und Heim-
kinder sind wegen psychischer und körperlicher
Folgeschäden auf staatliche Zuwendungen an-
gewiesen.

An dieser Stelle ist der Ort für einen ausdrückli-
chen Dank an die Ostbeauftragte der Bundesre-
gierung, Parlamentarische Staatssekretärin Iris
Gleicke, mit der wir dieses Thema in ausführli-
chen Fachgesprächen erörtert haben. Hier ha-
ben wir auch unsere Beschwerden ausführlich

zu Protokoll gegeben:

- (1) Gutachter waren in Bezug auf die Spätfol-
gen von Haft-Traumatisierungen mangel-
haft qualifiziert.
- (2) Sie haben schädigende Faktoren in Heimen
und Strafvollzugsanstalten aus historischer
Unkenntnis in Zweifel gezogen.
- (3) Einige von ihnen haben sogar das durch die
SED verübte Unrecht grundsätzlich abge-
stritten.
- (4) Manche von ihnen haben sich nicht als un-
abhängige Gutachter, sondern als Spar-
füchse der Versorgungsämter verstanden.

Die UOKG hat in den letzten vier Jahren dafür
gesorgt, dass ein weiteres Verbrechen der SED-
Diktatur an die Öffentlichkeit kam: die gnadenlo-
se Ausbeutung von Häftlingen für wirtschaftliche
Zwecke.

Der SED-Staat hat nicht nur von der Arbeitskraft der Häftlinge profitiert und ihre Gesundheit ruiniert. Er hat auch die Sozialabgaben und Rentenbeiträge ohne Gegenleistung kassiert.

Eine Entschädigung dafür ist nicht in Sicht. Vertreter von Wirtschaft und Politik lehnen dies unisono ab. Allein IKEA hat die UOKG unterstützt.

Ohne die Forschungsgelder von IKEA wüssten wir heute nichts Konkretes über die Zwangsarbeit in der DDR. IKEA ist der einzige Konzern, der bereit ist, Entschädigungsgelder zu zahlen.

Ein Armutszeugnis für die deutsche Wirtschaft und Politik.

Die UOKG hat beschlossen, einen eigenen Fonds zu gründen. Es wird zunächst ein leerer Fonds sein. Er dient zur dauerhaften Mahnung an Wirtschaft und Politik: Kommt endlich euren moralischen Pflichten nach.

Entschuldigt hat sich immerhin die Deutsche Bahn. Das war dem persönlichen Engagement des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, Dr. Rüdiger Grube zu verdanken.

In das Licht der Öffentlichkeit gebracht hat die UOKG auch die Zwangsadoptionen in der DDR. Der Weg dahin war mühselig. Katrin Behr, die Betroffene berät, kann ein Lied davon singen. Jetzt können wir nur hoffen, dass das Lied auch gehört wird.

Immerhin gibt es zurzeit ein kleines Forschungsprojekt beim Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, das erst einmal klären soll, ob die Zwangsadoption überhaupt ein Problem ist.

Staatssekretärin Glicke hat dieses Projekt ausgeschrieben, aus dem im Sommer erste Erkenntnisse zu erwarten sind.

Herr Singhammer, ohne ihre Intervention wäre das Projekt nicht zustande gekommen. Wir sind weiter auf Ihr Engagement angewiesen.

Glaubt man der öffentlichen Meinung, so ist sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in der DDR ein völlig nebensächliches Gebiet.

Die Presse arbeitet sich gern an den katholischen Heimen des Westens ab. Was in den staatlichen Heimen der DDR, den Schulen und in den Familien stattfand, interessiert höchstens am Rande.

Die UOKG hat beim Bundesbeauftragten zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im August 2013 Forschungsbedarf angemeldet.

Im Jahr 2017, nach dreieinhalb Jahren des Mahnens und Erinnerns beginnt die Forschung mit einem Mini-Projekt von 20.000 Euro. Wir sind gut erzogen und bedanken uns.

Mit Mahnen und Erinnern bin ich beim nächsten Thema.

Was spricht eigentlich dagegen, dass in Deutschland ein nationales Mahnmal für die

Opfer des Kommunismus errichtet wird? So wie in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks auch?

Sie werden mir zustimmen: Es spricht nichts dagegen. Genau das haben wir in unzähligen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, Veranstaltungen auch gehört. Seit einem Jahr wird uns eine Anhörung im Kulturausschuss versprochen.

Heute Nachmittag fand immerhin ein Fachgespräch im Kulturausschuss statt. Das verpflichtet zu nichts, aber man hat miteinander geplaudert. Trotzdem Dank an die Fraktion von CDU/CSU. Ohne sie hätten wir nicht einmal das gehabt.

Mahnens und Erinnern ist ein weites Feld. Unser Gedenkstättenbeauftragter Michael Schulz setzt sich dafür ein, dass an der innerdeutschen Grenze an den konkreten Orten der Opfer gedacht wird.

Eine Initiative, an der die UOKG sich maßgeblich beteiligte, hat dafür gesorgt, dass in Berlin Alt-Stralau an die Insassen des dortigen Durchgangsheim gedacht wird.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass viele unserer Verbände und Initiativen, die kleinere Gedenkorte betreuen, seit Jahren unter akuten finanziellen Schwierigkeiten leiden.

Zum Thema Finanznot endlich etwas Positives:

Unsere Drittmittelgeber, das Staatsministerium für Kultur und Medien in Person von Staatsministerin Monika Grütters, die Stiftung Aufarbeitung und der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Martin Gutzeit haben seit vielen Jahren innerhalb ihrer Ordnungen die UOKG großzügig bedacht.

Das hat die UOKG aber nicht davon befreien können, jährlich für ihre Mitarbeiter neue Pro-

jektanträge stellen zu müssen, ein 25-jähriges Provisorium also.

Wer diese Arbeit kennt, weiß wieviel Arbeitskraft das bindet. Aus diesem Grund nehmen wir dankbar zur Kenntnis, dass das BKM uns in diesem Jahr eine erhöhte Projektförderung genehmigt hat.

Wir haben auch die Zusage, dass das BKM die Finanzierung im nächsten Jahr auf eine dauerhafte Grundlage stellen wird. Wir sind sicher, dass auch diese letzte Hürde genommen wird.

Von großer Bedeutung war für die UOKG der Wechsel des Bundesvorsitzenden. Rainer Wagner, der sich große Verdienste um den inneren Zusammenhalt der doch sehr verschiedenartigen Vereine und Initiativen unter dem Dach der UOKG erworben hat, verließ uns im Juni 2015. Seine unermüdliche Arbeit trägt heute noch gute Früchte, für die wir dankbar sind.

Der neue „Chef“, wie er intern unter uns Mitarbeitern genannt wird, ist Dieter Dombrowski.

Er bringt seine Erfahrungen und Kontakte als Politiker und vor allem als **ehemaliger politischer Häftling** ein. Für die UOKG begann damit ein neues Kapitel intensiver und zielorientierter Gespräche mit Politikern aller Ebenen. Und da hat er mit neuem Schwung schon vieles erreicht.

Wenn Sie mich fragen, was ich der UOKG für die folgenden Jahre wünsche, dann sage ich: Hier im Saal sitzen eine ganze Reihe Freunde und Förderer der UOKG. Bleiben Sie uns gewogen, unterstützen Sie unsere Arbeit weiter so, wie Sie es bisher getan haben.

Vielen Dank.

Klaus Lederer: Grußwort

(abweichender Redetext)

„Danke, dass Sie mich hier aushalten.“

Der 15. Februar 2017 war für die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) ein Jubiläum, es gab einen Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens.

Der 15. Februar 2017 war für mich ein ergreifender Abend, ein Abend, an dem man das vorbereitete Manuskript beiseitelegt, und auf die Ehrlichkeit der Formulierungen „aus dem Bauch heraus“ vertraut.

Deshalb gibt es auch keinen Rede-Text, der hier wiedergegeben werden kann – es ist eine Erinnerung an den Abend, der für mich nicht leicht war, für viele von Ihnen jedoch noch weit schwerer.

Zu den 25 Jahren UOKG werden noch eine Reihe weiterer Jahre hinzukommen – denn, das vorweg, es kann keinen Schlusspunkt für die Aufarbeitung begangenen und erlittenen Unrechts unter der SED-Diktatur geben. Es darf ihn nicht geben. Die Orte der Täter und Opfer bleiben wichtiger Bestandteil der Erinnerungskultur, und es gilt sie weiterzuentwickeln. Die Schicksale und Erzählungen müssen bewahrt und ausgetauscht werden.



*Dr. Klaus Lederer,
Bürgermeister und
Senator für Kultur
und Europa von
Berlin (Pressefoto)*

Das ist meine persönliche Sicht. Das ist meine Sicht seit Jahren. Und dennoch – obwohl zu jung, um direkt Projektionsfläche für Ihren Schmerz, Ihre Wut, Ihre Trauer zu sein – sehen viele in mir den Vertreter jener Partei, die in der Nachfolge derjenigen steht, die Biografien gebogen, Menschen gebrochen hat.

Und ja, ich kann verstehen, dass einige an dem Abend den Raum verließen, weil es Ihnen unerträglich war, mich anzuhören. Das respektiere ich. Und ich bedanke mich bei denjenigen, die blieben, mich anhörten... und, wie ich es sagte, die mich aushielten.

Das war nicht selbstverständlich. Das zeigt, wie tief Schmerz sitzt. Es zeigt aber auch die Bereitschaft einander zuzuhören. Und über das einander Zuhören mehr und mehr auch miteinander ins Gespräch zu kommen.

Ich war immer schon an einem an einem Austausch mit den Opferverbänden interessiert,

habe – manche von Ihnen wissen das – auch mit vielen in den vergangenen Jahren geredet. Ich habe mich nicht vor unangenehmen Fragen gedrückt, bin offenen Diskussionen nie ausgewichen. Und ich habe so auch Freunde gefunden.

Diese Offenheit ist mit meinem neuen Amt genauso da.

Auch deshalb habe ich mich ganz bewusst entschlossen, jeweils den Vorsitz des Stiftungsrates der beiden Gedenkstättenstiftungen zur SED-Diktatur -Hohenschönhausen und Berliner Mauer- zu übernehmen.

Kommen wir ins Gespräch. Das müssen wir aushalten.

Iris Gleicke: Grußwort

(Es gilt das gesprochene Wort, es folgt das Manuskript zur frei vorgetragenen Rede.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor über 27 Jahren haben die Ostdeutschen ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen. Sie sind mutig auf die Straße gegangen, um gegen die SED-Herrschaft zu protestieren und um sich ein freies Leben zu erkämpfen. Wir Ostdeutschen haben die Mauer niedergerissen, die Diktatur hinweggefegt und die Einheit ermöglicht.

Seither beschäftigt uns die Frage, wie mit der Vergangenheit angemessen umzugehen ist. Wir haben Vieles angestoßen. Ich denke, bei der Aufarbeitung, bei der Rehabilitierung und bei der Entschädigung des DDR-Unrechts ist viel erreicht worden. Aber all die großen und kleinen Erfolge können das Leid und das Unrecht nicht

ungeschehen machen. Und deshalb brauchen die Opfer der DDR-Diktatur jetzt und in Zukunft eine Stimme, die beharrlich und unermüdlich auf das erlittene Leid aufmerksam macht. Es ist gut, dass die UOKG ihnen diese Stimme verleiht. Das ist eine mahnende und zugleich kräftige Stimme, die einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass die Perspektive der Opfer öffentlich präsent bleibt und wahrgenommen wird.



*Iris Gleicke, MdB,
Parlamentarische
Staatssekretärin bei
der Bundesministerin
für Wirtschaft und
Energie, Beauftragte
der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer*

Immer wieder wird deutlich, dass diese Vergangenheit nicht vorbei und noch nicht einmal vergangen ist. Sie ist Teil unserer Gegenwart, auch wenn das von jenen geleugnet wird, die frech verlangen, dass nach so vielen Jahren endlich Schluss sein müsse. Ich weiß, dass diese Dreistigkeit, dieser Mangel an Einsicht und diese Kälte für viele der Opfer schier unerträglich sein müssen. Und fast genauso schlimm und vielleicht ja sogar noch deprimierender muss auf sie jener Teil der Öffentlichkeit wirken, der sich von ihrem Leid offenbar nur noch belästigt fühlt. Ganz zu schweigen von Tätern, die nicht bereit sind, sich offen und ehrlich ihrer Vergangenheit zu stellen und die sich im schlimmsten Fall selbst zu Opfern stilisieren oder stilisieren lassen, was dann wirklich der Gipfel der Unverschämtheit und der Geschmacklosigkeit ist.

Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Opfer. Das ist auch ein Schlag ins Gesicht all derer, die weder Täter noch Opfer waren, sondern die einfach versucht haben, ein anständiges Leben

zu führen. Die UOKG findet in solchen Fällen deutliche Worte. Das ist gut so.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Opferperspektive ist für mich nicht nur von Amts wegen bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur von ganz zentraler Bedeutung. Erst im vergangenen Dezember hat mich ein Treffen mit ehemaligen DDR-Heimkindern persönlich sehr berührt. Im Rahmen der Vorstellung der Ergebnisse der von mir in Auftrag gegebenen Studie zur Zwangsarbeit in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe hatte ich die Gelegenheit, mit Betroffenen zu sprechen. Das war eine sehr emotionale Begegnung, bei der viel von jenem Schmerz und jener Trauer zu spüren war, die sich kaum in Wort fassen lassen.

In der Kindheit erlittenes Unrecht wiegt besonders schwer, denn Erfahrungen, die man besonders früh macht, prägen einen besonders und oft für das ganze Leben. Viele ehemalige

Heimkinder sind in der der DDR aus wirtschaftlichen Gründen übel ausgebeutet worden. Ihnen wurden berufliche und persönliche Chancen genommen. Da sind Lebensträume zerstört worden. Wer das einmal begriffen hat, der weiß, warum wir das Leid und Unrecht der DDR-Diktatur auch weiter aufarbeiten müssen. Eben nicht nur aus einem abstrakten historischen Interesse heraus.

Die Schicksale der Opfer müssen in das öffentliche Bewusstsein gelangen und dort haftenbleiben, um Sprachlosigkeit und Gleichgültigkeit zu überwinden. Das sind wir den Opfern schuldig, wenn wir Ihnen und uns nicht nur Sonntagsreden vorlesen wollen. Und wir sind es uns selbst schuldig, wenn wir mehr sein wollen als ein „tönendes Erz“ oder eine „klingende Schelle“.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kommunistische Gewaltherrschaft aufzuarbeiten und die Situation ihrer Opfer in der Ge-

genwart zu verbessern: Das ist nun bereits seit einem Vierteljahrhundert der selbstgewählte Auftrag der UOKG. Dafür gebührt Ihnen Dank! Der Beitrag der UOKG ist auch deshalb so wichtig, weil sie konstruktiv und zielorientiert daran mitarbeitet, die Situation der Opfer der DDR-Diktatur durch konkrete Projekte zu verbessern. Das Engagement der UOKG ist dabei breit gefächert: Als ein Beispiel hierfür möchte ich den aus meiner Sicht sehr gelungenen Kongress „Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Haft- und Repressionsopfern der SED-Diktatur“ im vergangenen Oktober nennen. Dabei hat sich die UOKG mit den Begutachtungsverfahren eines Themas angenommen, das im Rahmen der Rehabilitierung von zentraler Bedeutung ist und bei dem es nach meinem Eindruck durchaus noch Optimierungsmöglichkeiten gibt.

Die UOKG ist außerdem im von mir im Mai letzten Jahres etablierten „Dialogforum politische Opfer der DDR-Diktatur“ der zentrale Partner. Ziel dieses Forums ist es, gemeinsam mit an-

deren Gesprächspartnern Möglichkeiten für eine weitere Verbesserung der Lage der Opfer auszuloten und die Aufarbeitung weiter voranzutreiben. In den vergangenen Jahren wurde – und das auch dank der Mitarbeit der UOKG – bereits sehr viel erreicht. Trotz aller Erfolge sind wir bei der Aufarbeitung allerdings noch nicht am Ziel. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Unrecht muss weitergehen.

Die Opfer sind keine Bittsteller! Sie haben Anspruch auf einen würde- und respektvollen Umgang. Die Betroffenen, ihre Familien und ihre Nachkommen erwarten zu Recht, dass ihr schweres Schicksal nicht in Vergessenheit gerät. Ich bin mir sicher, dass die UOKG auch in Zukunft dazu beitragen wird.

Herzlichen Dank!

Ehrungen



*Die Goldene Ehrennadel der UOKG
für besondere Verdienste über-
reichte Dieter Dombrowski an:*

*Sybille Krägel, Initiativegruppe Lager Tost
Klaus Gronau, Zeitzeuge 17. Juni*



Dank auch an Horst Schüler



v.l.n.r.: Iris Gleicke, Sybille Krägel, Dieter Dombrowski, Klaus Gronau, Martin Gutzeit, Horst Schüler



Roland Jahn, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Die Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft gibt seit nunmehr 25 Jahren denen eine Stimme,

Roland Jahn: Grußwort

Liebe Mitglieder der Opferverbände, sehr geehrte Damen und Herren!

„Aufarbeitung von Unrecht darf kein Verfallsdatum haben!“

Es ist das Verdienst der UOKG, stets die Gesellschaft daran zu erinnern, was es ganz konkret heißt, Unrecht erlebt zu haben.

die ein Leben lang mit den Folgen von Repression, Haft und Unterdrückung leben müssen.

Wie eindrücklich das durch die Opfer der SED-Diktatur geschieht habe ich schon oft miterlebt.

Ende letzten Jahres lud mich die „Union der Opferverbände“ zu einer Veranstaltung zum Thema „Zwangsadoptionen in der DDR“ ein.

Sichtlich aufgewühlt erzählte eine Frau ihre Erlebnisse, die über 30 Jahre zurückliegen.

„Ich will erfahren, wie es möglich war, dass die DDR-Behörden mir meinen Sohn weggenommen haben. Ich will, dass endlich festgestellt wird, das Unrecht geschehen ist.“ Die Worte der betroffenen Mutter fanden im Saal Zustimmung, denn sie steht mit ihrem Schicksal nicht allein. Und deshalb ist es gut, dass sich unter

dem Dach der UOKG ein Verein für die Opfer der Zwangsadoptionen in der DDR gegründet hat. Was in diesem Verein, was in allen Verbänden der UOKG an Arbeit geleistet wird, ist für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, ist für jedes einzelne Opfer, aber auch für die Gesellschaft insgesamt von enormen Wert.

Diese Leistung verdient Anerkennung und sie verdient eine besondere Unterstützung durch die staatlichen Institutionen.

Für den BStU, für die Arbeit mit den Stasi-Unterlagen ist die Zusammenarbeit mit der UOKG auch ein Gewinn, und sie ist eine stetige Motivation.

Ob bei Veranstaltungen, in der Bürgersprechstunde oder beim Einblick in die Stasi-Akten wird uns bewusst, dass es weniger um Akten geht, sondern um Menschen und ihre Schicksale.

Es geht um Menschenrechtsverletzungen. Menschenrechtsverletzungen, die nicht nur durch

das Wirken der Stasi begangen wurden. Am Beispiel der Zwangsadoptionen, von denen ich sprach, kann man es deutlich sehen kann.

Es gibt nicht nur die Opfer der Stasi. Es gibt viele Opfergruppen der SED-Diktatur, die unsere Unterstützung brauchen, das führt uns die UOKG vor Augen. Verfolgte Schüler, exmatrikulierte Studenten, beschädigte Berufskarrieren, Zwangsausgesiedelte, Zwangsarbeiter, politische Häftlinge und viele mehr.

Wenn wir das Unrecht in der DDR umfassend aufarbeiten wollen, müssen wir mehr noch unseren Horizont über die Stasi hinaus erweitern. Es geht um die Betrachtung der gesamten Gesellschaft in der DDR. Von der bestimmenden Rolle der Partei, der SED, bis hin zur Volksbildung. Es geht auch um die deutlichere Würdigung von Opposition und Widerstand.

Und, wir brauchen Verbesserungen die konkret spürbar sind für die Opfer.

Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für die Verfahren zur Anerkennung von Haftfolgeschäden. Wir brauchen Rentengerechtigkeit für Republikflüchtige, Ausgereiste und freigekaufte Häftlinge. Und nicht zuletzt brauchen wir die Entfristung für Anträge zur Rehabilitierung von politisch Verfolgten. Es darf nicht sein, dass diese Frist 2019 endet. Die Menschen leben und leiden weiter. Aufarbeitung von Unrecht darf kein Verfallsdatum haben.

Ja, es geht immer wieder um die Frage der Glaubwürdigkeit bei der Aufarbeitung des geschehenen Unrechts, vor allem geht es um die Glaubwürdigkeit gegenüber den Opfern. Glaubwürdigkeit kann nicht verordnet werden, Glaubwürdigkeit gegenüber den Opfern muss errungen werden. Es geht um Respekt und Wahrhaftigkeit. Wenn in der Koalitionsvereinbarung für den Berliner Senat eine neue Gedenkkultur im Dialog mit den Opferverbänden angekündigt wird dann klingt das gut. Wenn aber gleichzeitig durch die Hintertür an den Opfer-

verbänden vorbei ein Staatssekretär mit Stasi-Vergangenheit und Falschaussagen ernannt wird, dann ist dies für die Glaubwürdigkeit nicht förderlich.

Ja, es ist noch viel zu tun in der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Arbeit der UOKG mahnt uns zur Glaubwürdigkeit gegenüber den Opfern.

Und die Arbeit der UOKG rückt uns, und auch der nächsten Generation vor allem, den Wert von Menschenrechten stärker ins Bewusstsein

Deshalb ist es gut, dass es die Union der Opferverbände gibt.

Martin Gutzeit: Grußwort

Sehr geehrter Herr Vizepräsident
des Deutschen Bundestages,

sehr geehrter Herr Dombrowski,

sehr geehrter Herr Senator Lederer,

sehr geehrte Frau Kaminsky,

sehr geehrter Herr Jahn,

sehr geehrte Vertreter der Verfolgtenverbände,

sehr geehrte Damen und Herren,

was hat der Berliner Landesbeauftragte für die
Stasi-Unterlagen mit der UOKG zu tun?

Im April 1997 veranstalteten die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen auf dem

Gelände der Berliner Normannenstraße ein erstes bundesweites Treffen der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen. Auf diesem Treffen kündigte Roland Bude, zu diesem Zeitpunkt zuständiges Vorstandsmitglied der UOKG für die internationalen Kontakte, an, dass die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus ihren VII. Kongress in Deutschland veranstaltet und der

Träger dieses Kongresses die UOKG sein soll. Auf Anfrage erklärte sich der Berliner Landes-



*Martin Gutzeit,
Berliner Landesbeauftragter für
die Unterlagen
des Ministeriums
für Staatssicherheit
der DDR*

beauftragte bereit, die UOKG bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Die Landesbeauftragten beschlossen dann, ihr nächstes bundesweites Treffen im folgenden Jahr so einzurichten, dass die Teilnehmer des VII. Kongresses der Internationalen Assoziation, der im Juni 1998 stattfinden sollte, auch an diesem Treffen teilnehmen konnten. Die Vorbereitung für diese Veranstaltungen führte zu intensiver Zusammenarbeit mit der UOKG und die Anwesenheit der ausländischen Gäste war eine wichtige Erfahrung für die deutschen Teilnehmer des bundesweiten Treffens, was uns dazu veranlasste, Gäste aus Mittel- und Osteuropa auch in den nächsten Jahren zu unseren bundesweiten Treffen einzuladen.

Ein wichtiges neues Feld der Zusammenarbeit zwischen dem Berliner Landesbeauftragten und der UOKG gibt es seit dem Jahr 2007 mit dem Trägerwechsel eines Beratungsprojektes vom BSV-Förderverein für Beratungen zur UOKG. Seither unterstützt der Landesbeauftragte die

Arbeit einer Beratungsstelle der UOKG für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR. Die Unterstützung der Beratung von Opfern aus der SBZ/DDR hat in Berlin eine lange Tradition. Das schloss auch die Förderung durch das Land Berlin ein. Seit Anfang der 50er Jahre gab es die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), den Zentralverband politisch Ostgeschädigter (ZPO) und den Bund der Mitteldeutschen. Die Ausreichung von Zuwendungen für die Beratungsarbeit dieser Vereine übernahm der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von der Senatsverwaltung für Soziales im Jahr 1995 wie auch die Förderung des Projektes soziale Beratung und Betreuung von Opfern des Stalinismus des im Jahr 1990 neu gegründeten Bundes der Stalinistisch Verfolgten (BSV). Im Jahr 2007 kam es zu einem Trägerwechsel dieses Projektes. Seit dem Trägerwechsel zur UOKG arbeitet es als Beratungsstelle der UOKG für die Opfer von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR und wird als solches durch den Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unter-

lagen gemäß seinem gesetzlichen Auftrag gefördert. In dem Gesetz, das die Tätigkeit des Landesbeauftragten regelt, wird neben dem Auftrag der Beratung zu Fragen der Einsicht in Stasi-Unterlagen dem Landesbeauftragten der Auftrag erteilt, eine Beratung insbesondere in Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung anzubieten. Ausdrücklich wird hervorgehoben, ich zitiere: „Hierzu arbeitet er mit anderen Beratungsstellen zusammen und unterstützt sie bei ihrer Tätigkeit.“ Diese Unterstützung besteht seit mehr als 20 Jahren seitens des Landesbeauftragten einerseits im Angebot von Fortbildung und Supervision, aber auch in dem Ausreichen von Zuwendungen, um die Beratung von Opfern zu ermöglichen. So erhielt die Beratungsstelle der UOKG für die Opfer von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR vom Land Berlin für ihre Tätigkeit einen Zuwendungsbetrag von 1.352.000,- €. Für das Gewähren dieser Mittel möchte ich dem Abgeordnetenhaus von Berlin danken und andere Länder ermuntern, ähnlich zu handeln.

Ich gratuliere der UOKG zum 25. Jahrestag ihrer Gründung und wünsche Ihnen weiterhin eine erfolgreiche Tätigkeit, insbesondere auch für die Beratungsstelle.



*Ansgar Hollah,
Die Beauftragte
der Bundesregierung
für Kultur und
Medien, Gruppe
K 4 „Geschichte
und Erinnerung“*

Ansgar Hollah: Grußwort

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Lieber Herr
Dombrowski,

meine sehr verehrten
Damen und Herren!

1. Gruß

Das letzte Grußwort heute wird auch das längste sein. Nein, aber einige Dinge möchte ich als Vertreter der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien doch noch loswerden.

Zu allererst natürlich die herzlichen Grüße von unserer Staatsministerin Monika Grütters, die heute gerne dabei gewesen wäre. Aber ein internationaler Pflicht-Termin stand dem entgegen.

2. Was treibt uns an?

Was aber hat ein Vertreter von Kultur und Medien überhaupt auf einem Festakt von Opferverbänden zu suchen?

Auf jeden Fall, das sei verraten, treibt uns mehr an als nur die Wahrnehmung unserer Ressortzuständigkeit.

Für uns – und da kann ich für Frau Grütters und die BKM-Fachebene sprechen – ist die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland

- erstens noch längst nicht abgeschlossen und
- zweitens für die Gestaltung einer freien Zukunft unverzichtbar.

Was heißt das für uns in der Praxis?

- Zum Beispiel, dass wir aus dem Kulturetat von Frau Grütters die Geschäftsstelle der UOKG unterstützen.¹
- Oder, dass wir den Diskussionsprozess um ein zentrales Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gefördert haben.

Insbesondere die UOKG hat hier ja wertvolle Vorarbeiten geleistet.

Heute Nachmittag übrigens hat der Ausschuss für Kultur und Medien im Bundestag darüber beraten.

- Ein drittes Beispiel ist die von uns geförderte Untersuchung zum Schicksal der Mauer-

toten in Berlin und das aktuelle Projekt zu den Opfern des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze.

Bei diesem Thema wird besonders deutlich, dass die Verbrechen der kommunistischen Diktaturen in Europa sich nicht mit der Weltanschauungs-Konkurrenz im 'Kalten Krieg' relativieren lassen.

Auch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ging es nicht um einen fairen Wettstreit der Systeme, sondern um Vernichtung ihrer Gegner.

Beispiel: Horst Einsiedel.

3. Horst Einsiedel

Horst Einsiedel verabschiedet sich am 15. März 1973 morgens von seiner Frau mit dem Hinweis, dass er wegen starker Schmerzen zum zahnärztlichen Notdienst muss.

Als er von dort nicht zurückkehrt und seine Frau das Fehlen sämtlicher persönlicher Unterlagen bemerkt, ahnt sie, was passiert ist.

Horst Einsiedel hatte schon lange über eine Flucht nachgedacht. Seiner Frau erschien das wegen des gemeinsamen Kindes jedoch zu riskant.

Wie recht sie hatte!

Denn Horst Einsiedel wird nur 33 Jahre alt, erschossen von zwei Grenzposten, als er die Berliner Mauer am Städtischen Friedhof Pankow überwinden will.

Doch das erfährt seine Frau erst Jahre später. Das Ministerium für Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, verschleierte die Umstände seines Todes.

Um – Zitat – „weitere Hetzkampagnen westlicher Publikationsorgane“ zu verhindern, entwirft die Stasi einen „Vorschlag zur Legendie-

rung des Todes des Grenzprovokateurs vom 15.3.1973“.

Mehrfach wird Frau Einsiedel nach dem Verbleib ihres Mannes befragt und sogar gebeten, Fotos zur Verfügung zu stellen, um nach ihm suchen zu können.

Zwei Wochen später teilt man ihr mit, das unverschlossene Auto der Familie sei in einem Wald gefunden und ihr Mann wahrscheinlich Opfer eines Gewaltverbrechens geworden. Sogar eine gefälschte „Beweismittelakte“ liegt zur Einsicht bereit.

Einsiedels Mutter in West-Berlin hat inzwischen Anwälte mit Nachforschungen beauftragt und es drohten diplomatische Verwicklungen. Also muss das MfS schließlich zugeben, dass Horst Einsiedel nicht mehr lebt.

Doch selbst jetzt wird weiter gelogen: Ende Mai 1973, über zwei Monate nach dem Tod, infor-

miert die Staatssicherheit Frau Einsiedel, dass ihr Mann ertrunken bei Potsdam in der Havel gefunden worden sei.

Von einer Identifizierung der Leiche rät man ihr wegen der angeblich starken Verwesung ab.

Sie bekommt eine gefälschte Sterbeurkunde mit dem 17. März als Todesdatum.

Das MfS hat den Leichnam zu diesem Zeitpunkt längst heimlich eingäschert. Was, in aller Welt, bringt solche Taten hervor? Und was heißt das für uns heute?

4. Den Opfern zuwenden

Dass wir uns um die Opfer kümmern, nicht so sehr um Verständnis für die Täter.

Dass wir die Wahrheit herausfinden und wie im Fall von Horst Einsiedel den Opfern so ihre Würde zurückgeben.

Kurz, dass die Opfer-Schicksale nicht vergessen oder relativiert werden.

Deswegen, da bin ich sicher, wird die UOKG auch in den kommenden 25 Jahren unverzichtbar sein.

5. Dank und gute Wünsche

Dafür möchte ich Ihnen die besten Wünsche mit auf den Weg geben.

Und ich möchte Danke sagen. Danke für Ihr Engagement,

- dass Sie als Opfer nicht schweigen, sondern über ihre Geschichte zu sprechen wagen;
- dass Sie dies nicht nur in den Gedenkstätten tun, sondern auch in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit;
- dass Sie zum Beispiel mithelfen, das von der Bundesregierung finanzierte Koordinierende

Zeitzeugenbüro im wahrsten Sinne des Wortes mit Leben zu füllen.

Sie leisten mit Ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag dafür, dass auch nachkommenden Generationen der Unterschied bewusst bleibt

- zwischen Diktatur und Demokratie,
- zwischen absoluter Herrschaft einer Partei und politischer Pluralität,
- zwischen ideologischer Staatswillkür und einem Rechtsstaat, der die Menschenrechte schützt.

Dafür danke ich Ihnen!

Anmerkungen im Redemanuskript: 1. BKM: 2016 – 91.200 €; 2017 – 242.000 € (zudem 5.400 € für diesen Festakt), Senat:./., LStU Berlin: 140.000 € Personalmittel für die Opferberatung

Mitglieder der UOKG

Vereinsmitglieder & Assoziierte
Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen
1945–1950 e.V.

Bund der Stalinistisch Verfolgten –
Landesverband Berlin

Bund der Vertriebenen e.V.

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
DDR-Museum in Pforzheim

Doping-Opfer-Hilfe e.V.

Durchgangsheim Kindergefängnis
Bad Freienwalde n.e.V.

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.

Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V.

Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.

Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen
Freiheit e.V. Erfurt

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer
des Stalinismus Berlin

Initiative verfolgter Schüler und Studenten
(Berlin)

Initiativgruppe
„Lager X Berlin-Hohenschönhausen“

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.

Initiativgruppe Internierungs-
lager Ketschendorf e.V.

Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.

Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/
Oberschlesien 1945

Interessengemeinschaft ehemaliger
DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)

Interessengemeinschaft ehemaliger
politischer Brandenburger Häftlinge
1945–1989

Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur und ihrer Folgen

Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter
Sachsen-Anhalt e.V.

Internationale Gesellschaft für Menschen-
rechte e.V. (IGFM)

Lagergemeinschaft Workuta /
GULag Sowjetunion

Menschenrechtszentrum Cottbus

OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von
DDR-Zwangsadoptionen

Pro Universitätskirche e.V., Leipzig

Stasiopfer-Selbsthilfe (NRW)

Süddeutscher Freundeskreis
Hoheneckerinnen

Verband ehemaliger Rostocker
Studenten (VERS)

Verband politisch Verfolgter des
Kommunismus e.V. (VPVDK) Salzgitter

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt
„Lindenstrasse 54“ e.V. Potsdam

VOK Deutschland e.V. –
Vereinigung der Opfer des Kommunismus

VOS Vereinigung der Opfer des
Stalinismus e.V.

weitere Assoziierte: Ehemalige politische
Häftlinge in der CDU

weitere Assoziierte: Ehemalige politische
Häftlinge in der SPD



Demonstration am 29. September 2000 vor dem Reichstagsgebäude